

Griechenlandhilfe: Flächenbrand verhindern

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Sicherung der Finanzstabilität in der Eurozone reagieren wir auf eine außergewöhnlich ernste Situation in Europa.

Wie ein Großteil der Bevölkerung bin auch ich über die derzeitige Situation in Griechenland und Europa sehr betroffen. Auch mich bewegt Unverständnis über das Verhalten Griechenlands in der Vergangenheit.

In dieser Woche haben wir intensiv in vier Fraktionssondersitzungen, einer öffentlichen Anhörung und zahlreichen Fachgesprächen das richtige Vorgehen debattiert. Es gibt keine Entscheidung, bei der wir sicher wissen, dass sie zu 100 Prozent richtig ist. Fragen bleiben. Und trotzdem: Wir mussten eine Entscheidung von gewaltiger Tragweite treffen.

Die große Mehrheit der Fachleute hat deutlich gemacht, dass jede andere Lösung als die kurzfristige Übernahme von Gewährleistungen für Griechenland, einen nicht mehr steuerbaren Flächenbrand in Europa auslösen würde. Die Folgen wären vergleichbar katastrophal wie der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers 2008.

Durch eine weitere Destabilisierung Griechenlands stünde in einer Art Dominoeffekt der Zusammenbruch weiterer EURO-Länder und deren Finanzsysteme zu befürchten. Dies hätte – und auch hier sind sich die meisten Experten einig – zunächst erhebliche Auswirkungen auf die Finanzsysteme der gesamten Eurozone und schließlich, wie in den Jahren 2008 und 2009, auf die Wirtschaft in der EU. Für die deutsche Wirtschaft wäre ein solches Szenario verheerend, da die deutschen Exporte in die EU etwa 70 Prozent der Gesamtexportleistung ausmachen. Der Verlust von Arbeitsplätzen auf der einen Seite sowie eine Verschärfung der



Hintergrund

Die griechische Regierung hat sich am 23. April 2010 an die EU-Kommission, an die Mitglieder der Eurogruppe und an den Präsidenten der Europäischen Zentralbank mit der Bitte gewandt, das finanzielle Unterstützungsprogramm in Gang zu setzen.

Der Deutsche Bundestag hat heute über eine gesetzliche Grundlage zur Übernahme von Garantien durch den Bund, mit denen der deutsche Anteil an den Finanzhilfen abgesichert wird, entschieden.

Die Finanzhilfen sollen über ein Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau erbracht werden.

Schiefelage unserer Staatsfinanzen wären kaum zu verhindern.

Das von der Opposition kritisierte Zögern der Bundesregierung war richtig. Zuerst musste Griechenland das Ausmaß seiner Schulden- und Strukturprobleme vollständig auf den Tisch legen. Die negativen Erfahrungen mit dem Land haben dieses Vorgehen notwendig gemacht. Erst auf dieser Basis konnten die Bedingungen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die EU erarbeitet werden.

Das IWF-Programm und die Auszahlung der europäischen Hilfsmittel unterliegen einer engen Überprüfung durch den IWF und sind an harte Sanierungsbedingungen geknüpft. Der IWF ist weltweit die einzige Organisation, die Erfahrung mit der Sanierung von bankrotten Staaten hat. Deswegen hat Bundeskanzlerin Merkel auch darauf bestanden, dass der IWF das Verfahren federführend leitet und die Einhaltung der Vorgaben kontrolliert.

Das bedeutet, sollte Griechenland die Vorgaben des Anpassungsprogramms nicht erfüllen, werden dem Land keine weiteren Kredite von der IWF und der Eurogruppe zur Verfügung gestellt.

Nach intensiver Abwägung der Argumente habe ich heute dem Gesetzentwurf für die Gewährung der Griechenlandhilfen zugestimmt, um weiteren Schaden für unser Land abzuwenden.

Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag heute einen Entschließungsantrag beschlossen, in dem Maßnahmen beschrieben sind, Krisen solcher Art künftig möglichst zu verhindern.

Weitere Informationen finden Sie unter www.fj-holzenkamp.de

Franz-Josef Holzenkamp, MdB
Platz der Republik 1 >> 11011 Berlin >>
Tel. 030-227 70016 >> Fax 030-227 76
franz-josef.holzenkamp@bundestag.de >>
www.fj-holzenkamp.de